

Der Kantonsrat will für die Prämienverbilligung

Mit einer Volksinitiative möchte die CVP erreichen, dass

JAN HUDEC

Bevor die Corona-Krise alles auf den Kopf stellte, gehörten sie stets zu den grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer: die steigenden Krankenkassenprämien. Mitten im Zürcher Kantonsratswahlkampf von 2019 lancierte die CVP deshalb eine Volksinitiative, welche eine Entlastung für die gebelastete Bevölkerung verspricht. «Raus aus der Prämienfalle» lautet der verlockende Titel, und es überrascht nicht, dass für dieses Unterfangen genügend Unterschriften zusammengekommen sind. Die Zürcher Stimmberechtigten werden also über die Initiative befinden können. Zu einem ersten Stimmungstest ist es am Montag im Kantonsrat gekommen.

Rund eine Milliarde Franken an Prämienverbilligung werden Bund und Kanton für das Jahr 2020 an die Zürcher Bevölkerung auszahlen. Die Initianten wollen nun, dass der Kanton seinen Anteil erhöht, unter dem Strich also mehr Geld in die Prämienverbilligung fliesst. Während Bund und Kanton früher einen gleich hohen Betrag ausgaben, hat Zürich im Jahr 2012 beschlossen, jeweils nur noch mindestens 80 Prozent des Bundesbeitrags beizusteuern. Dies will die Initiative nun rückgängig machen, der Kantonsbeitrag soll wieder auf 100 Prozent erhöht werden.

Land der Selbstzahler

Für die CVP ist klar, dass die Mehrausgaben nötig sind, um den Mittelstand zu entlasten. Kaum ein Land trage weniger über die Steuern an die Gesundheitskosten der Bevölkerung bei als die Schweiz, sagte Lorenz Schmid (cvp, Männedorf). «Wir sind ein Land der Selbstzahler.» Gerade Familien mit Kindern könnten die Lasten zum Teil aber kaum mehr tragen. Sukkurs für das Vorhaben gab es von linker Seite. Die AL hatte gar bei der Unterschriftensammlung mitgeholfen. Kanpor Bänkofer (sl, Zürich) spricht von einem moderaten Vorschlag. «Die Prämien sind in den letzten Jahren stärker gestiegen als die Löhne.» Viele Familien müssten heute für die Prämien schon mehr ausgeben als für die Steuern.

Ähnlich klingt es bei der SP. Esther Straub (Zürich) sprach von einer dringend nötigen Korrektur. Denn auch die



Die wachsenden Gesundheitskosten schlagen

Prämienverbilligung sei in den letzten Jahren nicht gleich stark gestiegen wie die Prämien. Bei Menschen mit tiefen Einkommen machten diese zum Teil schon über 20 Prozent der Gesamtausgaben aus. «Ursprünglich war es einmal die Idee, dass man nicht mehr als 8 Prozent seines Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben sollte.» Davon sei man weit entfernt, und es werde in den kommenden Jahren wohl noch schlimmer. Der Initiative müsse man deshalb unbedingte Zustimmung, auch wenn die Entlastung, die sie bringt, eigentlich noch zu gering sei. Straub nutzte die Gelegenheit denn auch gleich, um auf die radikalere Initiative der SP aufmerksam zu machen. Diese will festlegen, dass niemand mehr als 10 Prozent seines Einkommens für die Krankenversicherung ausgeben muss.

Will nicht mehr Geld für Prämienverbilligung ausgeben

der Mittelstand stärker entlastet wird



Die wachsenden Gesundheitskosten schlagen

Die Bürgerlichen konnten dieser Argumentation wenig abgewinnen. Lorenz Habicher (svp, Zürich) meinte, dass, wer verantwortungsvoll handeln wolle, zur Initiative ganz klar Nein sagen müsse. «Denn mit der Corona-Krise könnten so schon massive Kosten auf uns zu.» Die Ausgaben für die Prämienverbilligung summieren sich bereits auf eine Milliarde Franken, «das reicht aus». Obendrein habe der Kanton seinen Anteil für die Prämienverbilligung erhöht. Dieser belaufe sich für dieses und das kommende Jahr auf 92 Prozent des Bundesbeitrags.

Tatsächlich musste der Kanton seine Ausgaben aufgrund eines Bundesgerichtsurteils erhöhen. Das Urteil betraf zwar einen Fall im Kanton Luzern. Da sich die Situation in Zürich jedoch sehr ähnlich präsentiert, war auch hier eine Anpassung nötig. Eine weitere Erhöhung auf den geforderten Anteil von

100 Prozent hätte für den Kanton jährliche Mehrausgaben in der Höhe von 16 Millionen Franken zur Folge.

Auch FDP und GLP wiesen darauf hin, dass der Kanton schon jetzt einen höheren Anteil bestrahle als in den letzten Jahren. Neben der Erhöhung des Kantonsbeitrags habe man zudem diverse Massnahmen ergriffen, um das Geld gerechter zu verteilen, sagte Claudia Hollenstein (glp, Zürich). So verabschiedete der Kantonsrat im Frühling 2019 eine Gesetzesänderung, die unter anderem ausschliesst, dass studierende Kinder von reichen Eltern von Beiträgen aus der Prämienverbilligung profitieren. «Vor allem müssen wir aber nicht die Symptome, sondern die Ursache des Problems anpacken», sagte Hollenstein und meinte damit die steigenden Gesundheitskosten.

Dem pflichtete Bettina Balmer (fdp, Zürich) bei. «Einfach immer mehr Geld ins System zu schütten, das dann verstickt, das ist keine Lösung», sagte sie. Vielmehr müsse man darüber diskutieren, was mit dem Geld passiert. Man müsse die wachsende Bürokratie in den Spitälern und Arztpraxen bremsen, Tarife anpassen, damit bestimmte Leistungen nicht weiterhin überfinanziert würden. Solche Fragen werde der Kantonsrat in der anstehenden Debatte zum Spitalgesetz behandeln können. «Die Initiative ist gut gemeint, aber sie verfehlt das Ziel einer nachhaltigen Senkung der Krankenkassenprämien», schloss Balmer.

Auch Regierungsrat lehnt ab

Ähnlich sah es auch Regierungsrätin Natalie Rickli, die nochmals darauf hinwies, dass das neue Gesetz zur Prämienverbilligung vom Kantonsrat erst gerade einstimmig angenommen worden sei. Eine erneute Änderung habe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Zudem kläre die Initiative auch nicht, woher denn das Geld für die zusätzlichen Ausgaben kommen solle. Ohne die GLP auf ihrer Seite war Mitte-links in der Abstimmung über die Initiative chancenlos. Mit 90 zu 75 Stimmen empfiehlt der Kantonsrat die Vorlage zur Ablehnung. Der Abstimmungskampf dürfte für die Gegner trotzdem diffizil werden. Immerhin müssen sie der Bevölkerung erklären, warum man zum Ausbruch aus der «Prämienfalle» Nein sagen solle.

Der Abstimmungskampf dürfte für die Gegner diffizil werden. Sie müssen erklären, warum man zum Ausbruch aus der «Prämienfalle» Nein sagen soll.